



«Das klare Resultat zeigt, dass wir im Kanton nicht alles falsch machen.»

GUIDO GRAF, SOZIALDIREKTOR
KANTON LUZERN (CVP)



«Die SVP wird den Finger im Asylwesen weiterhin in die Wunde legen.»

FRANZ GRÜTER, PRÄSIDENT
SVP KANTON LUZERN



«Das Abstimmungsergebnis ist ein überzeugendes menschliches Signal.»

DAVID ROTH, PRÄSIDENT
SP KANTON LUZERN



«Die Bevölkerung hat nicht das Gefühl, dass es Änderungen braucht.»

PIRMIN JUNG, PRÄSIDENT
CVP KANTON LUZERN

Trotz Asyl-Nein: Graf geht in Offensive

LUZERN Die Volksinitiative für eine bürgernahe Asylpolitik blieb chancenlos. Regierungsrat Guido Graf fordert derweil erneut ein schärferes Vorgehen im Asylwesen – und zielt nach Bern.

MATTHIAS STADLER
matthias.stadler@luzernerzeitung.ch

Das Resultat der kantonalen SVP-Initiative für eine bürgernahe Asylpolitik lässt keinen Raum für Spekulationen: 68,4 Prozent der Luzerner Stimmbürger haben im Einklang mit allen anderen Parteien Nein gesagt. Die Stimmbeteiligung lag bei 64,1 Prozent. Einzig in den Gemeinden Fischbach und Hasle fand die Initiative eine Mehrheit.

Die SVP hatte die Initiative vor knapp drei Jahren eingereicht. Sie forderte unter anderem, in der Kantonsverfassung festzuschreiben, dass gewisse Asylbewerber nach einem Jahr in einer Gemeinde umziehen müssen. Dies, um eine «Verwurzelung in der Gemeinde» zu verhindern. Die Initiative verlangte weiter, dass die Gemeinden keine Asylkosten mehr tragen müssten und dass das Asylwesen künftig komplett dem Gesundheits- und Sozialdepartement unterstellt werde. Die Forderung, Asylunterkünfte auch ausserhalb von Bauzonen zu ermöglichen, hatte das Bundesgericht für ungültig erklärt.

Graf: «Machen super Job»

Der Luzerner Sozialdirektor Guido Graf (CVP), der gegen die Initiative gekämpft hatte, ist zufrieden mit dem Ergebnis: «Das klare Resultat freut mich. Es spricht auch für meine Mitarbeiter, die im Asylwesen täglich einen super



Guido Graf (Mitte) spricht nach der Abstimmung über die SVP-Initiative mit Bewohnern des Asylzentrums Hirschpark in der Stadt Luzern.

Bild: Philipp Schmidli

Ärger wegen Hallenbad-Regeln

MEGGEN jon. Neue Regeln für die 50 Asylsuchenden der temporären Unterkunft in Meggen: Nur drei Personen dürfen gleichzeitig ins Hallenbad Hofmatt. Gemäss «Sonntagsblick» beschloss der Gemeinderat dies vor drei Wochen, Gemeinderätin Mirjam Müller-Bodmer (SP) bestätigt den Sachverhalt auf Anfrage. Sie weist darauf hin, dass sich das Hallenbad in der sensiblen Zone auf dem Schulareal befindet und primär als Schulbad genutzt werde. Die Männer dürfen neu am Dienstag- und Donnerstagabend schwimmen gehen. Zudem muss sie eine Person begleiten, um die Sicherheit für allfällige Nichtschwimmer zu gewährleisten. Da das Becken nur 8 mal 20 Meter gross und stark frequentiert sei, erfordere das Bad begrenzte Eintritte, so Müller-Bodmer.

Yannick Hagmann (35), der ehrenamtlich mit den Asylsuchenden schwimmen geht und die neue Regelung publik gemacht hat, sagt: «Das Schwimmbad ist öffentlich zugänglich.

Dass bestimmten Personen der freie Zutritt verwehrt wird, gleicht einem Apartheidsregime.» Im Ausländergesetz steht, dass Rayonverbote nur unter strengen Auflagen ausgesprochen werden dürfen – was in diesem Falle nicht gegeben sei, so Hagmann.

«Kein Verbot, sondern Lockerung»

Die Regelung verstosse gegen das Diskriminierungsverbot, lässt sich der Basler Staatsrechtler Markus Schefer im «Sonntagsblick» zitieren. Allerdings dürfen die Gemeinden in Absprache mit dem Kanton sensible Zonen für Bewohner einer Asylunterkunft festlegen – etwa das Schulareal samt Hallenbad. Die Megger Sozialvorsteherin Müller-Bodmer sagt: «Die Regelung ist kein Verbot, sondern eine Lockerung der sensiblen Zonen, um den Asylsuchenden sportliche Aktivitäten zu ermöglichen.» So sei es für die Asylsuchenden ebenso möglich, am Freitagabend in der Turnhalle Sport zu treiben.

den. Er habe das Problem an der Sozialdirektorenkonferenz angesprochen: «Und ich stelle fest, dass ich nicht mehr der einsame Rufer in der Wüste bin.»

Asylthema «bleibt ein Problem»

Auf der Verliererseite stand gestern der kantonale SVP-Präsident Franz Grüter: «Es gibt nichts schönzureden», sag-

te er. Trotzdem warnt Grüter vor den Kosten. «Die meisten Gemeinden spüren den finanziellen Druck, der mit den Asylbewerbern kommt, noch nicht. Dieser Druck kommt erst in zehn Jahren auf die Gemeinden zu. Man sollte den Brunnen bauen, bevor man Durst hat.» Er spricht damit die Sozialhilfe an (Ausgabe vom 25. Februar). Für diese kommen in den ersten zehn Jahren Bund und Kanton auf, danach sind die Gemeinden verantwortlich. Grüter betont: «Das Asylthema bleibt ein Problem, denn selbst Regierungsrat Guido Graf hat sich mehrere Male an den Bund gewandt. Die SVP wird es auch weiterhin eng begleiten und den Finger auf die Wunde legen.»

Mehr Investitionen in Integration

Erfreut über das Ergebnis ist die Luzerner SP-Präsident David Roth sagt: «Es zeigt, dass für die Luzerner Bevölkerung die Solidarität unter den Gemeinden und mit Flüchtlingen wichtig ist. Es ist ein überzeugendes menschliches Signal.» Roth fordert, dass Asylbewerber gut integriert werden müssen. «Wenn wir jetzt in die Integration investieren, verhindern wir, dass Aufgenommene später in die Sozialhilfe fallen.»

Pirmin Jung, Präsident der Luzerner CVP, ist ebenfalls zufrieden: «Die Bevölkerung hat klar und nüchtern gesagt, wie sie die Sache sieht. Sie hat nicht das Gefühl, dass es Änderungen braucht. Zudem ist es Ausdruck davon, dass der Kanton das Asylwesen im Griff hat.» Es gebe zwar Herausforderungen, aber die Bevölkerung habe zur Kenntnis genommen, dass die Vorgaben vom Bund kommen und sie der Kanton umsetzen müsse.

KOMMENTAR



Matthias Stadler,
Ressort Kanton,
über die Asyl-
initiative der
Luzerner SVP

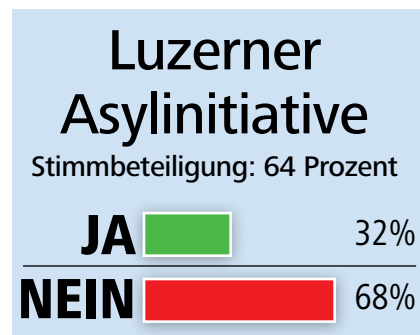
Probleme anpacken

Nur 32 Prozent der Stimmen holte die Initiative «Für eine bürgernahe Asylpolitik». Zwar trat die Luzerner SVP gegen sämtliche Parteien an, das sehr deutliche Resultat ist angesichts der stetig steigenden Asylzahlen dennoch überraschend.

Die Mehrheit der Bevölkerung erachtete die Forderungen für unangebracht: Müssten etwa Asylbewerber nach einem Jahr in eine neue Gemeinde umziehen, brächte das mehr Bürokratie mit sich, was wiederum die öffentliche Hand mehr kosten würde. Die Zweifel an diesen Mehrkosten vermochte die SVP nicht aus dem Weg zu räumen. Zudem stellte sie Forderungen auf, die bereits erfüllt sind. So greift der Kanton heute schon ein, wenn Flüchtlinge kriminell werden oder sich renitent verhalten.

Im Asylwesen bleibt also alles beim Alten. Trotzdem tut der Kanton gut daran, wenn er die Probleme benennt und anpackt. So etwa bei der grossen Anzahl der Schutzbedürftigen. Und auch die Sozialhilfequote steigt, was zunehmend die Gemeinden finanziell belastet. Nebst den Appellen an den Bund ist auch Eigeninitiative nötig.

matthias.stadler@luzernerzeitung.ch



Job machen. Es zeigt auch, dass wir im Kanton nicht alles falsch machen.» Graf führt das klare Verdikt unter anderem darauf zurück, dass im Kanton klar kommuniziert werde. Gerade wenn eine neue Asylunterkunft eröffnet werde, erhalte die Bevölkerung jeweils die Gelegenheit, sich zu äussern und auch kritische Fragen zu stellen.

Der Vorsteher des Gesundheits- und Sozialdepartements blickt bezüglich Asylwesen aber auch voraus: Er fordert, dass die Schweiz keine Wirtschaftsflüchtlinge mehr aufnimmt und dass sich der Bundesrat international stärker einsetzen soll (Ausgabe von gestern). Konkret kritisiert Graf auf Nachfrage erneut die Haltung

des Bundes gegenüber Migranten aus Eritrea: «Ich finde es unanständig, wie sich die Situation mit Eritrea entwickelt. 5000 Personen verlassen das Land pro Monat, Eritrea blutet aus. Mit unserer Haltung fördern wir das.» Er fordert Investitionen vor Ort, damit potenzielle Flüchtlinge weiterhin dort leben können. Der Staat müsse zudem stabilisiert wer-

ANZEIGE

Goldmary

DIE Adresse in Luzern !

- Verlobungs-, Trau- und Partnerringe
- Uhren aus reinstem Titan
- Perlenschmuck
- Altgold + Silberankauf

sofort **Barauszahlung**

www.gold-mary.ch

Kasimir-Pfyffer-Strasse 2
6003 Luzern, Tel. 041 240 36 36